

Mit dem Autor Yang Kui beschäftigte sich Pei-Yin Lin (SOAS, London) und zeigte dabei, wie auch Werke des Sozialisten Yang Kui es schafften, trotz der Zensur in den offiziellen Kanon aufgenommen zu werden. Thomas Zimmer (Universität Bonn) befasste sich mit Bo Yang, wobei auffiel, das Thomas Zimmer wohl der einzige Teilnehmer des Workshops war, der keine "Taiwan-Prägung" besaß. Katie Su und Sao-Wen Cheng gingen zusammen mit Shih-Ying Chang dann auf die Entwicklung des Theaters ein, wobei Letztere anhand des *Budaixi* (Puppentheater) ökonomische Theorien zur Notwendigkeit staatlicher Subventionen für Kultur einbrachten und damit einen völlig anderen methodischen Ansatz als der Rest der Teilnehmer wählten.

Diese beschäftigten sich mit weiteren Aspekten der kulturellen Identität: Jens Damm (Freie Universität Berlin) untersuchte in "Xing/bie, ku'er, guaitai" den Einfluss US-amerikanischer postmoderner und queer-theoretischer Ansätze in Lifestyle-Publikationen der Neunziger und zeigte die Einbettung Taiwans in einen globalen Diskurs. Jeremy Tailor (Australian National University Canberra) verglich die "See-Ausrichtung" Südtaiwans, insbesondere Kaohsiungs, mit römischen Vorbildern. Henning Klöter befasste sich mit den verschiedenen Ansätzen, eine taiwanische Schrift zu entwickeln, und zeigte die Zerstrittenheit innerhalb der verschiedenen Gruppen – ein weiteres Indiz dafür, dass eine taiwanische Identität vor allem eine anti-VR-chinesische Identität darstellt, während die Suche, was denn nun taiwanisch sei, längst noch nicht abgeschlossen ist. Ines-Susanne Schilling (Ruhr-Universität-Bochum) untersuchte in "Everyday is an Aerobic Day – the Quest for Happiness in Popular Self Help Books" die Ansätze einer neuen taiwanischen Populärkultur, wobei in der ausführlichen Diskussion auch Vergleiche zu westlichen Werken ähnlichen Inhalts gezogen wurden, sodass Gemeinsamkeiten und Differenzen deutlich zu Tage traten.

Insgesamt gesehen zeigte der Workshop einerseits die Marginalisierung von Taiwan Studies weltweit, andererseits verdeutlichte er die teilweise künstlich erscheinende Suche nach einer taiwanischen Identität, welche aus der komplexen politischen Situation resultiert. Wie Thomas Fröhlich (Universität Zürich) anmerkte, wäre eine Diskussion in der Schweiz, was denn nun eine "Schweizer kulturelle Identität" im Gegensatz zu einer "deutschen bzw. französischen" ausmache, ebenso schwierig, aber die Schweiz sei in der glücklichen Lage, diese Diskussion nicht führen zu müssen. Die Teilnehmer waren sich einig, dass es ratsam wäre, einen solchen Workshop in regelmäßigen Abständen stattfinden zu lassen; angedacht wurde ein zweijähriger Turnus.

Jens Damm

#### **IV. Europe Asia Forum: "Asia and Europe – Partnership in the 21<sup>st</sup> Century"**

Bayerische Vertretung Berlin, 4.-5. Mai 2001

Mit der Wahl Berlins als Konferenzort des IV. Europe Asia Forums trugen die drei Veranstalter Herbert Quandt Stiftung, Stiftung der BMW AG, The Institute of

Policy Studies und Asia-Europe Foundation der wachsenden Bedeutung der Bundeshauptstadt für die deutsch-asiatischen Beziehungen Rechnung: So war auch "Berlin als Portal nach Asien" Thema der abendlichen Festrede im Berliner Rathaus, das der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen mit Blick auf die dritten Asien-Pazifik Wochen im September 2001 gewählt hatte.

Die Attraktivität der Bundeshauptstadt war Garant dafür, dass sich ein besonders hochrangiger Kreis von Repräsentanten aus Wirtschaft, Politik, Medien und Wissenschaft Asiens und Europas am runden Tisch in der Bayerischen Vertretung versammelte. Unter den 50 Delegierten aus neun asiatischen und zehn europäischen Ländern befanden sich allein sechs Minister, mehrere Unternehmensvorstände und *Elder Statesmen* der europäisch-asiatischen Beziehungen.

Ihnen allen ging es darum, an den beiden Konferenztagen Möglichkeiten einer engen europäisch-asiatischen Partnerschaft im 21. Jahrhundert aufzuzeigen. Die äußeren Voraussetzungen dafür erschienen besonders günstig: Asien hat sich von seiner Wirtschafts- und Finanzkrise weitgehend erholt und die Europäische Union befindet sich auf gutem Wege, die Doppelaufgabe der institutionellen Reform und der Aufnahme neuer Mitglieder zu bewältigen. In seiner Eröffnungsrede wies Horst Teltchik, Vorsitzender des Vorstands der Herbert Quandt Stiftung, auf einen weiteren positiven Faktor hin, der dem europäisch-asiatischen Verhältnis neuen Schwung verleihen werde: der bevorstehende Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation. Denn davon, so seine Überzeugung, werde die gesamte Region Asien profitieren und es entstünden gleichzeitig neue Anreize für das ökonomische und politische Engagement Europas.

Den Auftakt zur ersten Sitzung, die Asiens wirtschaftlichen Umschwung und seine Chancen in der New Economy behandelte, machte Staatsrat Li Tieying, Präsident der chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften, mit seinem Vortrag über die wirtschaftlichen Perspektiven für Ostasien. Gerade China, das in Vorbereitung auf den WTO-Beitritt dabei sei, seine Märkte zu liberalisieren, den Technologieausbau zu beschleunigen und die multilaterale und regionale Kooperation zu verstärken, komme hier eine Schlüsselrolle zu: Das "ostasiatische Modell", temporär geschwächt durch die vergangene Finanzkrise, werde durch ein offenes und reformorientiertes China mit neuer Vitalität erfüllt und erneut große Anziehungskraft ausüben, so die Überzeugung des Politbüromitglieds.

Zu einer ähnlich positiven Einschätzung der Wirtschaftsentwicklung gelangte Singapurs Staatsminister für Verteidigung und Information, David Lim, der in seiner Rede für ein stärkeres europäisches Engagement warb und die Vorzüge von ASEAN als "Marktplatz für Ideen und Innovationen" pries. Technologie-Minister Muhammad Hikam aus Indonesien wies in seinen Ausführungen ergänzend dazu auf den zu erwartenden Wirtschaftsaufschwung nach dem In-Kraft-Treten des südostasiatischen Freihandelsabkommens AFTA hin.

Die europäische Sichtweise des Welthandelssystems präsentierte EU-Kommissar Pascal Lamy: Dabei betonte er die Wichtigkeit der WTO für das Funktionieren der globalen Wirtschaft, die durch regionale oder bilaterale Freihandelsabkommen zwar ergänzt, jedoch nie ersetzt werden könne. Gerade mit Blick auf die Entwicklungen in

der New Economy, insbesondere auf dem Gebiet des *e-commerce*, sprach er sich für eine neue WTO-Runde zur Regelung der globalen Märkte aus.

Als Vorstandsvorsitzender des multinationalen Unternehmens Siemens plädierte Heinrich von Pierer für eine "Neue Ökonomie mit Substanz", die Methoden der neuen Ökonomie, wie das Internet, mit den Grundlagen der alten, wie qualifiziertes Personal und Produktionsstandorte, verbinde. Erfolgreich könne sie jedoch im globalen Rahmen nur sein, wenn sich das Konzept des "corporate citizenship" durchsetze. Darunter sei, so der Vorsitzende des Asien-Pazifik-Ausschusses der deutschen Wirtschaft, die Verpflichtung globaler Akteure zu verstehen, für gute Ausbildung, die Einhaltung von Sozialstandards bis hin zu Kooperation mit lokalen Partnerunternehmen und Universitäten zu sorgen.

Moderat optimistisch zeigten sich alle Redner der zweiten Sitzung hinsichtlich der Aussichten für Europas Wirtschaft sowie seine politische Integration und Erweiterung. Hierbei bekannten sie sich vorbehaltlos zur Aufnahme der 12 Bewerberstaaten in den kommenden Jahren, zur Vollendung des Binnenmarkts, die vom Erfolg des Euro und von zwischenstaatlicher Koordination der Wirtschaftspolitik abhängig sei, sowie zur Stärkung der außenpolitischen Identität der Union. Dass zur Verwirklichung dieser ehrgeizigen Ziele große Reformanstrengungen nötig seien, machte der finnische Europaminister Kimmo Sasi in seiner Eröffnungsrede deutlich. Auf der Grundlage der Ergebnisse des Reformgipfels von Nizza müssten weitere Anstrengungen, wie die Einbeziehung der nationalen Parlamente oder die Stärkung einzelner Institutionen, wie des Europäischen Rates, unternommen werden. Erst dies ermögliche eine effiziente, demokratische und transparente EU-Politik.

Wie wichtig die Arbeit an einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Union ist, stellte der ehem. britische Außenminister Douglas Hurd plastisch heraus: Mit den Worten "Wir leben in einem sich von Osten nach Süden erstreckenden Bogen der Bedrohung (*arc of danger*)" wies der renommierte Staatsmann auf das Gefahrenpotenzial an den künftigen östlichen und südöstlichen Grenzen der EU hin. Vor diesem Hintergrund, so sein Schlussplädoyer, müsse Europa selbst das Nötige aufbringen, um Frieden und Stabilität sicherzustellen – und um als gleichwertiger Partner von den Vereinigten Staaten akzeptiert zu werden.

Dass auch in Asien ein außen- und sicherheitspolitisch starkes Europa gerne gesehen würde, machte der Diskussionsverlauf deutlich, dem eine gewisse Skepsis gegenüber der weltweiten strategischen Dominanz der USA zugrunde lag. Doch blieben auch Zweifel an der Realisierbarkeit der GASP (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik) in naher Zukunft, zumal da, wie es Botschafter Mei Zhaorong aus asiatischer Sicht formulierte, die Vielzahl nationalstaatlicher Interessen in Europa die Herausbildung einer einheitlichen politischen Linie verhindere. Der Deutschlandkenner und gegenwärtige Präsident des chinesischen Instituts für auswärtige Angelegenheiten äußerte zudem die in manchen Kreisen gehegte Befürchtung, dass die EU – trotz ihres Bekenntnisses zum freien Handel – im Zuge ihrer Erweiterung neue Handelsschranken errichten könnte. Offen blieb auch die im Verlauf der Diskussion gestellte Frage, ob die EU für einen engen regionalen Zusammenschluss Asiens als Modell taugte: Zwar sei die EU unmittelbares Vorbild für die laufenden ASEAN+3-Verhandlungen mit dem Ziel, eine ostasiatische Freihandelszone zu

errichten, doch fehle das dem europäischen Einigungsprozess unterliegende gemeinsame politische Fundament.

Unterschiedliche Formen interregionaler Zusammenarbeit standen im Mittelpunkt der abschließenden Sitzung über den politischen Dialog zwischen Asien und Europa nach Seoul. Von europäischer Seite wurde in verschiedenen Rede- und Diskussionsbeiträgen der ASEM-Prozess als auf lange Sicht nicht ausreichend eingestuft: So wichtig die in seinem Rahmen stattfindenden informellen Treffen für die Stärkung des europäisch-asiatischen Verhältnisses auch seien, so fehle ihnen doch das Element der Verbindlichkeit gemeinsam erarbeiteter Positionen. Zudem erschwerten unterschiedliche Auffassungen über den Zusammenhang zwischen Demokratisierung und Stabilität und die asiatische Bevorzugung lockerer Organisationsformen die Verständigung zwischen beiden Seiten.

Besonders nachdrücklich wurde von Seiten der europäischen Teilnehmer auf das Fehlen einer stabilen regionalen Sicherheitsarchitektur in Asien hingewiesen, das in Anbetracht der Vielzahl potenzieller Konfliktherde in der Region ins Gewicht falle.

Außenamtsstaatssekretär Wolfgang Ischinger appellierte in seinem Vortrag eindringlich an die asiatischen Teilnehmer, sich dem Aufbau einer starken regionalen Sicherheitsorganisation, die der UNO als Partner dienen könnte, zu widmen. Zur weiteren Belebung des politischen Dialogs im Rahmen von ASEM empfahl er seine inhaltliche Erweiterung um soziale, bildungs- und technologiepolitische Themen. Parallel dazu müsse eine Verbreiterung der gesellschaftlichen Diskussionsbasis in beiden Kontinenten, beispielweise durch die Einbeziehung großer NGOs, erfolgen. Zu dieser Frage wurde in der Diskussion betont: Bildung und Forschung sollten künftig einen zentralen Platz im politischen Dialog zwischen Asien und Europa einnehmen, darüber hinaus vermehrt Projekte auf dem Gebiet des Studenten- und Manageraustausches angestoßen werden.

Am Ende des IV. Europe Asia Forums ergab sich folgendes Bild: Asien erwartet vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht eine Intensivierung der Beziehungen zu Europa, dem als Handelspartner und Investor neben den USA eine Schlüsselrolle zugeschrieben wird. Begrüßt wurde von asiatischer Seite ferner das Fortschreiten der außen- und sicherheitspolitischen Integration der Europäischen Union, von der man sich ein stärkeres Auftreten Europas als internationaler Akteur verspricht. Umgekehrt wurden von den europäischen Teilnehmern die Defizite im Bereich der politischen Zusammenarbeit der ASEAN-Staaten, insbesondere das Fehlen einer regionalen asiatischen Sicherheitsstruktur, kritisch hervorgehoben. Einig war man sich in der positiven Beurteilung des politischen Dialogs zwischen beiden Regionen: Ihn gelte es weiter auszubauen und auf eine breitere Basis zu stellen. Einen wichtigen Beitrag hierzu hat erneut das Europe Asia Forum geleistet, wie die durchweg positiven Reaktionen aller Beteiligten unterstrichen.

Thomas Leeb